

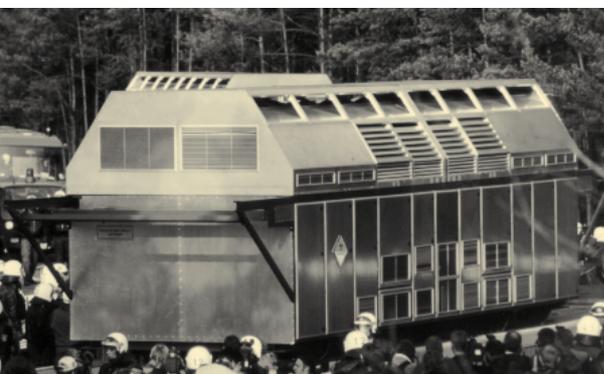
Denkpause

Atomstaat abschalten S. 2 • EXPO 2000 S. 3 • Prozesse gegen AntimilitaristInnen S. 5 • Kinderfesselung und Lehrermorde S. 5 • Stasi will keine Nieren spenden S. 5 • Gegendarstellung S. 6 • Termine S. 6

01.00
25.01.00
Nr. 3

Der Ausstieg ist schnell möglich und nötig

Atomstaat abschalten



Die EU gibt eine Menge Geld für die Erforschung und Entwicklung der Atomkraft aus: Während innerhalb der EU sechs Staaten bereits am Aussteigen sind, vier dabei sind, den Ausstieg zu beschließen, weitere vier sich nie auf die Atomenergie eingelassen haben, stützt sich die EU weiter auf den EURATOM-Vertrag von 1957.

[>>> Seiten 2+3]

Technikglauben und Wirtschaftsallmacht

EXPO 2000



»Brot und Spiele« sollst Du dem Volk geben, sagten schon die alten RömerInnen. Die Olympischen Spiele 2000 in Berlin konnten zwar verhindert werden, dafür gibt es jetzt in Hannover eine andere Mega-Show – die EXPO. [>>> Seiten 3+4]

Prozesse gegen AntimilitaristInnen

[>>> Seite 5]

Kinderfesselung und Lehrermorde

[>>> Seite 5]

Lieber LeserIn,



das politische Leben in Brüssel und Straßburg lag über Neujahr etwas im Schlaf. Dafür bleibt Zeit, einen Blick über den Tellerrand der Europapolitik

hinaus zu werfen: »Die Expo hat kein Jahr-2000-Problem« so berichtet deren Homepage. Einen Zentimeter daneben: Datum 31.12.2099. Für Staatshaushalt, Umwelt und Menschen in Hannover und der ganzen Welt wird die EXPO und die von ihr vertretenen Ideologien noch schlimmere Folgen haben als dieser Fehler. Mit der »Drohung«, die AKW-Laufzeiten auf 30 Jahre zu begrenzen, geht die »Ökopartei« in Atomkonsensverhandlungen. Wie während des Kosovo-Krieges wird es auf der Straße, an den Stammtischen und in den Redaktionsstuben heißen: »Wenn selbst die GRÜNEN dafür sind, dann kann es ja nicht so schlimm sein.« Der angekündigte Artikel zu »Kosov@-Krieg und Medien« fällt aus. Schon während des Krieges deutete vieles darauf hin, daß die Schauermärchen gelogen sind. Die Wahrheit ist das erste Opfer eines jeden Krieges. Für viele Grüne war neu, daß sie von den »eigenen Leuten« belogen werden. Auch beim Atomausstieg werden immer wieder Meinungen als Wahrheit dargestellt.

Ilka Schröder

Der Ausstieg ist schnell möglich und nötig

Atomstaat abschalten

Die EU gibt eine Menge Geld für die Erforschung und Entwicklung der Atomkraft aus: Während innerhalb der EU sechs Staaten bereits am Aussteigen sind, vier dabei sind, den Ausstieg zu beschließen, weitere vier sich nie auf die Atomenergie eingelassen haben, stützt sich die EU weiter auf den EURATOM-Vertrag von 1957.



Mit der Inbetriebnahme des letzten westeuropäischen Atommeilers in Frankreich im Dezember 1999 werden sich die Aktivitäten jetzt auf Osteuropa konzentrieren.

Die Europäische Kommission wollte zunächst die Atomreaktoren der neuen

Beitrittskandidaten, welche nicht den sicherheitstechnischen Mindestanforderungen entsprechen, entweder nachrüsten oder schließen lassen.

Inzwischen hat sie diese Pläne revidiert und tut nun das Gegenteil.

Die neu festgesetzten Schließungsfriesten sind nun teilweise sogar länger als die ursprünglichen Laufzeiten. Im erweiterten Europa wird der Ausstieg aus der Atomenergie kein Thema mehr sein.

Doch auch in der Bundesrepublik Deutschland werden AKW trotz rot-grün wohl noch einige

Jahre laufen. Die Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag von Oktober 1998 sind nicht mehr das Papier wert, auf dem sie stehen. In hundert Tagen Regierungszeit eine umfangreiche Änderung des Atomgesetzes, nach einem Jahr ein Ausstiegsgesetz, eine umfassende und unumkehrbare gesetzliche Regelung des Atomausstieges: »Atomausstieg nur mit uns«? – Fehlanzeige.

»Konsens ist Nonsens«, ein alter Spruch aus der Anti-Atom-Bewegung, ist wohl in Vergessenheit geraten. Dabei ist er aktueller als je zuvor. »Konsenssuche bedeutet die Teilung der politischen Macht mit demokratisch nicht legitimierte Kräfte.« kommentiert selbst die nicht gerade industrie-feindliche F.A.Z. am 6.9.1999.

Kommt ein »Atomkonsens« – eine Vereinbarung zwischen Bundesregie-

rung und Atomindustrie – zustande, werden der Regierung als »Friedenspflicht« zahlreiche Zugeständnisse abverlangt. Die Bundesregierung verzichtet dann auf alle Maßnahmen, mit denen »exekutiv« aus der Atomenergie ausgestiegen werden könnte. Sicherheitstechnische Auflagen dürfen nicht verschärft werden, eine neue Sicherheitsphilosophie darf nicht entwickelt werden, Entsorgungsnachweise dürfen nicht mehr scharf überprüft werden und die Haftungsverpflichtung bei einem GAU darf nicht erhöht werden. Die Sicherheitsüberprüfung darf nur noch »nach dem bestehenden Regelwerk« erfolgen, neue Erkenntnisse über Unsicherheiten – z.B. nach einem neuen GAU – dürfen also nicht berücksichtigt werden.

Der Atomausstieg kann nicht allein per Regierungs- oder Parlamentsbeschluss ohne die Macht auf Straßen und Schienen erkämpft werden – das ist klar. Böswillig atomfreundlich ist es aber, wenn Regierung und Parlament verhindern, daß andere Akteure, wie die bunte Anti-Atom-Bewegung, den Atomausstieg selbst einleiten. Die Voraussetzungen dafür sind – durch die letzte Bundesregierung geschaffen – eigentlich nicht schlecht: Die Becken zur Lagerung der abgebrannten Brennelemente sind voll.

Einige AKWs müssen im Jahr 2000 wegen des Merkelschen CASTOR-Transportstopps ein Schild an ihre Tore hängen: »Wegen Überfüllung abgeschaltet«. Atomtechniker nennen das die »Stilllegung durch die kalte Küche«. Im Normalfall müßte jetzt ein CASTOR-Transport stattfinden, der wunderbar blockiert werden kann. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) und der niedersächsische Innenminister

Lexikon der Atomwirtschaft

www.anti-atom.de

Liste von

Anti-Atom-Gruppen

www.anti-atom.de/adressen.htm

Internetadressen von

Anti-Atom Gruppen

www.anti-atom.de/adressne.htm

Internationale Atom-

Links

home.acadia.net/cbm/index.html

IPPNW

www.ippnw.de

Zeitschrift der Anti-

Atom-Bewegung

www.oneworldweb.de/aaa/index.htm

Fax



Ilka Schröder fordert:

[Atomausstieg]

- **Sofortige Abschaltung** aller Atomanlagen – sofort bedeutet innerhalb weniger Wochen.
- **Kein Alzheimer** für die Bundesregierung und Regierungsfaktionen. Erinnert Euch an die Koalitionsvereinbarung 1998 und reformiert wenigstens das Atomgesetz: »Streichung des Förderzwecks, Einführung einer Verpflichtung zur Sicherheitsüberprüfung, Klarstellung der Beweislastregelung bei begründetem Gefahrenverdacht, Beschränkung der Entsorgung auf die direkte Endlagerung, Aufhebung der Atomgesetz-Novelle von 1998, Erhöhung der Deckungsvorsorge«.
- **BürgerInnen und Bürger**, beteiligen Sie sich an Aktionen gegen CASTOR-Transporte und den Betrieb von Atomanlagen.

wollen wegen der EXPO im Jahr 2000 keinen CASTOR-Transport durchprügeln. Die Gewerkschaft der Polizei wirft die Frage auf, warum die Bundesregierung mit der Atomindustrie um einen Konsens verhandele, nicht aber mit ihren BürgerInnen. Die Bundesregierung »müsse auch auf die Atomkraftgegner hinwirken, die Proteste zu minimieren oder anders zu gestalten« (F.A.Z. 8.1.2000). Letzteres ist natürlich eine schlechte Idee: Die Wirkstoffformel der Anti-Atom-Bewegung besteht nämlich gerade aus der Kombination von sitzblockierenden SeniorInnen, sabotierenden LandwirtInnen und grabenden Autonomen.

Milliarden für Atomkraft

Die »Verstopfungsstrategie« ist die derzeit wirkungsvollste Möglichkeit, ein Ausschalten der AKWs zu erreichen. Aber der Umweltminister wird nicht müde zu betonen, daß er diese Strategie gar nicht verfolge. Er wird von Fraktionssprecher und Außenminister der eigenen Partei zu einem atomfreundlichen Vorgehen angehalten.

Spricht man regierungstreue PolitikerInnen auf den Atomausstieg an, heißt es, aus der Atomkraft ließe sich kaum aussteigen, nur gegen »Entschädigungsforderungen« in Milliardenhöhe, und das komme ja wohl nicht in Frage. Wer hier eigentlich wem schadet, hinterfragen die wenigsten. »Lieber langsam vorgehen – aber so, daß der Ausstieg das Bundesverfassungsgericht übersteht« ist eine andere häufige Aussage. Diese Aufrufe zur vermeintlichen Gesetzestreue kommen aus Mündern, die sich mit ihrer Zustimmung zum Kosovo-Krieg gerne über die Verfassung hinweggesetzt haben. Hier scheint das Verbot eines Angriffskrieges und die Achtung des Völkerrechts nicht so wichtig zu sein, wie das Eigentumsrecht der Atomkonzerne an ihren strahlenden Kraftwerken.

Jedes Atomausstiegsszenario, das länger als die Legislaturperiode dauert, ist umkehrbar. Eine andere Regierung kann Gesetze oder Vereinbarungen mit der Industrie abändern. Sind die Atomanlagen dagegen am Wahltag 2002 schon zwei Jahre stillgelegt, wird eine Inbetriebnahme sehr schwierig bis unmöglich.

Ist von juristischen Problemen die Rede, dann werden diese von Nicht-JuristInnen in der Regel als »wahr« hingenommen. Der Rechtsanwalt und Bundestagsabgeordnete Christian Ströbele erklärte Ende November letzten Jahres, daß das Bundesverfassungsgericht – selbst wenn es die unwahr-

scheinliche Entscheidung gegen das Ausstiegsgesetz treffen würde – nicht Entschädigung in Milliardenhöhe, sondern schlimmstenfalls ein Weiterlaufen der AKWs beschließen könne. Allerdings habe das Bundesverfassungsgericht immer wieder betont, das politische Fragen vom Gesetzgeber zu entscheiden sind, so Ströbele.

Andere haben schon mal die potenzielle Höhe der Entschädigungen ausgerechnet: Der Zeitwert der deutschen AKWs beträgt etwa 10 Milliarden DM, das wäre pro BürgerIn eine einmalige Zahlung von 130 DM oder weniger als ein Viertel der jährlichen Militärausgaben der BRD. Die Milliarden wären eingesetzt für die sinnvolle Sache, ohne Atomkraft zu leben. Einen Teil würde der Staat an sich selbst bezahlen, da auch er an AKW beteiligt ist. Die Entwicklung der Atomkraft hat der Staat aus Steuergeldern mit 42 Milliarden DM gefördert, die Rückstel-



lungen in Höhe von 65 Milliarden DM sind steuerfrei und werden munter für Engagements in anderen Sparten investiert.

Ein GAU kostet nach Berechnungen des Prognos-Instituts bis zu 10 Billionen DM, bis zu 15.000 Soforttote und bis zu 4,8 Millionen Krebstote. Die Errungenschaften der neuen Bundesregierung in der Sozial-, Gesundheits-, Renten- und Bildungspolitik wären im wahrsten Sinne des Wortes »auf einen Schlag« dahin. Für Manche noch schlimmer: Die durch die rot-grünen Steuergeschenke an die Großkapitalisten blühenden Aktienkurse könnten sinken. ●

Knete statt Feile
Ilka Schröder kaufte Anfang September den Atomkraftgegner Gerald Neubauer aus der Justizvollzugsanstalt in Achim frei, indem sie einen Teil seiner ausstehenden Tagessätze bezahlte: »Demonstrationen und Aktionen gegen Atomtransporte sind ein legitimes Mittel, um einen Atomausstieg zu erreichen, der seinen Namen verdient hat. Neubauer gehört auf die Schiene und nicht in den Knast.« sagte sie der anwesenden Presse.
www.ilka.org/presse/pms1.html

Technikglauben und Wirtschaftsallmacht EXPO 2000

»Brot und Spiele« sollst Du dem Volk geben, sagten schon die alten RömerInnen. Die Olympischen Spiele 2000 in Berlin konnten zwar verhindert werden, dafür gibt es jetzt in Hannover eine andere Mega-Show – die EXPO.

Mit dem Motto »Mensch-Natur-Technik« soll die EXPO 2000 nach dem Willen der VeranstalterInnen ein Signal dafür setzen, »daß wir erkannt haben, daß wir Menschen auf dieser Erde alle zusammen in einer Welt leben. Es macht keinen Sinn, uns in eine erste, zweite, dritte oder vierte Welt aufzuteilen, wenn wir neue Wege suchen.«

Bekannt sind solche Aussagen aus der Agenda 21, dem Abschlußdokument der UN-Umweltkonferenz von Rio 1992. Auch hier werden technische Lösungen und die Kommandoübernahme der kapitalistischen Wirtschaft als »gleichberechtigte Partner« der Regierungen gefordert. Die Grundaussage, daß wir alle im gleichen Boot säßen, ist identisch. Wer bei wem verschuldet ist und wer auf die Kosten anderer lebt, spielt keine Rolle mehr.

Nicht nur die Vision von einer freien Marktwirtschaft, mehr noch, einer gesamten Marktgesellschaft, in der kein Winkel vor dem Markt verschont bleibt, soll auf der EXPO vermittelt werden. Der Kapitalismus ist für alle Probleme die einzige Lösungsmöglichkeit, »there is no alternative«. Als Mittel gegen die Pro-

bleme der Welt werden – ebenfalls eine Parallele zur Agenda 21 – vor allem technisch-patriarchale Lösungen ange-

Offener Neokolonialismus: Das Segelschulschiff »Gorch Fock« der Bundesmarine bekam ein EXPO-Logo verpaßt (Bild: PR-Abteilung der EXPO)



boten: Atomkraft löst die Energieknappheit, die Bio- und Gentechnologie sowie »Bevölkerungskontrolle« sind für die Lösung der Hungerprobleme zuständig.

Die beiden unter EuropäerInnen wohl bekanntesten Symbole einer Weltausstellung sind mit dem Eiffelturm in Paris und dem Atomium in Brüssel zu sehen. Letzteres warb 1958 für die sogenannte friedliche Nutzung der Atomenergie. Bereits 1851 in London auf der ersten Weltausstellung war es das Ziel, Fortschrittsglauben und Vertrauen in technische Neuerungen zu schaffen.

Ursprünglich sollte eine DNS-Doppelhelix das Wahrzeichen der EXPO 2000 werden. Diese hätte – besser noch als die schwabbernde Puddinghaut von heute – deutlich gemacht, worum es geht: Menschen und Natur bis in den letzten Winkel zu kontrollieren. »Die Botschaft der EXPO ist damit eindeutig: Nach der Eroberung der äußeren Natur geht es zukünftig stärker um die Erfassung und Vermessung der inneren Natur. Ziel des Human-Genom-Projektes ist u.a., die Gensubstanz aussterbender Bevölkerungsgruppen – sozusagen die Kollateralschäden der normalen kapitalistischen Entwicklung – zu sichern, um sie einer späteren Verwertung zugänglich zu machen.« wird in der Einladung zum Bundeskongress der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen (BUKO) zusammengefaßt.

Deutschlands neue Rolle in der Welt

soll durch die EXPO noch einmal bestätigt werden. EXPO-Generalkommissarin Birgit Breuel: »Deutschland kann mit der EXPO 2000 einmal mehr beweisen, daß es aus dem Schatten dieses Jahrhunderts mit zwei Weltkriegen herausgetreten ist und sich zu einer lebendigen Demokratie gewandelt hat.« Das Anti-EXPO-Bündnis »TIPP-EX« sieht darin den Willen der BRD, »von der Bürde der Nazi-Vergangenheit befreit... ihren politischen und ökonomi-

schen Führungsanspruch weltweit auch militärisch durchzusetzen.«

Hoffnungsvoll stimmt die Strategie der außerparlamentarischen Linken, auf das umfassende Zukunftskonzept der EXPO mit einer ebenso umfassenden Kritik zu reagieren. Statt nur die Auswüchse im jeweiligen Themenfeld einer »Ein-Punkt-Bewegung« zu kritisieren, muß dem Weltbild der EXPO ein umfassendes und faszinierendes Alternativbild entgegengehalten werden. ◉



[EXPO 2000]

Ilka Schröder fordert:

Eine Gesellschaft, die soziale Beziehungen ausschließlich über den Markt und über Repression regelt, wird die sozialen Widersprüche niemals überwinden, sondern weiter verschärfen.

- ◉ **Statt patriarchal-kapitalistischem** Technikwahn müssen soziale Menschenrechte garantiert werden: Recht auf Gesundheit, Bildung, angemessene Ernährung, Wohnung, Selbstbestimmung, Information und Diskriminierungsfreiheit.
- ◉ **Eine Absage der EXPO** wäre zwar wünschenswert, ist aber – auch wenn die EU-Institutionen noch aussteigen sollten – kaum realistisch. Daher sollte die EXPO so weit wie möglich behindert werden. Ein gutes Vorbild sind die bunten, unberechenbaren und intensiven Straßenproteste in Seattle.

FAQten zur EXPO 2000

Wer? Veranstalterin der EXPO 2000 ist die Bundesregierung. Vorbereitung und Durchführung erledigt die eigens gegründete EXPO 2000 GmbH. Der Aufsichtsrat der GmbH hat zehn Sitze, von denen fünf die Wirtschaft besetzt. Die anderen Mandate entfallen auf die Bundesregierung, das Land Niedersachsen, die Stadt Hannover, und einen Gewerkschaftsfunktionär. Generalkommissarin ist die ehemalige Treuhandkommissarin Birgit Breuel. GmbH-Geschäftsführer ist neben ihr Dr. Reinhard Volk. Wer soll das bezahlen: Während der Aufsichtsrat 50/50 von Staat und Wirtschaft besetzt ist, ist die Wirtschaft mit nur 20% am Stammkapital (100 Millionen DM) der EXPO-GmbH beteiligt und trägt darüberhinaus kein weiteres Risiko. Der Staat bürgt mit mehr als einer Milliarde DM für Verluste der EXPO.

Wo? Hannover auf dem Gelände der Deutschen Messe AG, von der auch die Idee der EXPO in Hannover stammt. Das Messegelände wird für die EXPO stark erweitert.

Wann? Vom 1. Juni bis 31. Oktober 2000.

Wie? Zentrale »Länderpavillons« und der »Themenpark« in Hannover, dezentrale Projekte in ganz Deutschland und anderen Staaten. Unter dem Motto »Mensch-Natur-Technik« sind mit viel Geld zahlreiche alternativbürgerliche Projekte für die EXPO geködert worden und verleihen ihr damit einen »grünen« Anstrich.

Was? Regierungen von über 190 Ländern stellen sich in den »Länderpavillons« dar. Im Zentrum steht natürlich der deutsche Pavillon, auch aus diesem Grund will sich die USA nicht beteiligen, munkelt man in gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen. Im »Themenpark« stellt die Wirtschaft aus. Auch die EU ist auf der EXPO mit einem Pavillon bemüht, ein besseres Verständnis ihrer Rolle durch die BürgerInnen zu erreichen. Mit seiner Architektur wird Europas Aufbau und die Rolle in der Welt deutlicher vor Augen geführt: Die EU wird als geschlossenes Element präsentiert.

www.expo2000.de
Am entlarvendsten sind wohl die Aussagen der EXPO selbst.

www.xposition.de
Kritisches Forum zur EXPO.



Prozesse gegen AntimilitaristInnen

Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien hat einige juristische Nachspiele. Während bisher alle Anzeigen gegen die Bundesregierung abgewiesen wurden, wird gegen AntimilitaristInnen weiter prozessiert. Wegen eines Aufrufes zur Desertion »aus allen kriegsführenden Armeen« stand es bei Redaktionsschluß dieser Denkpause 5:1 für die KriegsgegnerInnen. Das Amtsgericht Berlin-Tiergarten sprach fünf Angeklagte frei, einer wurde zu einer Geldstrafe verurteilt (noch nicht rechtskräftig).

Wegen der Proteste beim Grünen Kriegsparteitag laufen noch einige Verfahren. Die prominenteste Angeklagte ist die Farbbeutelwerferin Samira. Joschka Fischer hatte ihr angeboten, die Strafverfolgungsmaßnahmen gegen sie einstellen zu lassen, wenn sie für die Kosovo-Hilfe spende und seine Arztrechnung bezahle. Samira war bereit, die Arzt-Rechnung zu zahlen, wenn der Außenminister die Opfer

der täglich bis zu 120 NATO-Bomben ebenfalls entschädigte. Statt für die Kosovo-Hilfe zu spenden (»mit der Flüchtlinge in Lager gesperrt werden, damit sie nicht die westeuropäische Grenze überschreiten«), machte sie den Vorschlag, je einen Deserteur der jugoslawischen Armee, der UCK und der NATO bei sich aufzunehmen. Darauf ging Fischer nicht ein. Das Amtsgericht Bielefeld stellte Samira ein Urteil über sieben Monate Knast auf drei Jahre zur Bewährung zu. Dagegen hat sie Widerspruch eingelegt. Wer den Konflikt für eine der beiden Seiten finanziell etwas erleichtern will, kann für Joschka Fischers Arztkosten spenden an B90/GRÜNE, Sparda Bank Köln, Konto-Nr. 403326, BLZ 37060590, Kennwort »Arztkosten Joschka Farbbeutel« oder für die Prozeßkosten von Samira an Ermittlungsausschuss, Konto-Nr. 20610-106, Postbank Berlin, BLZ 10010010, Stichwort »Aufprall«. www.kampagne.de ◦

Kinderfesselung und Lehrermorde

Nachdem in letzter Zeit viel über Morddrohungen und -versuche von SchülerInnen an LehrerInnen geredet wurde, schlagen die LehrerInnen jetzt zurück. Nach einer Meldung des Berliner »Tagesspiegel« berichteten mehrere Eltern einer Neuköllner Grundschule darüber, daß dort ein Kind gefesselt und ein anderes mit dem Rohrstock geschlagen wurde. Die Schulleiterin nahm die Lehrerin in Schutz. Die Kollegin habe »nur« ein Seil um das Kind »herumgelegt«, weil dieses immer aufgestanden sei. Gegen die Eltern wurde wegen übler Nachrede An-

zeige erstattet (TAGESSPIEGEL 13.1.00). Psychische Gewalt von LehrerInnen gegen SchülerInnen ist in allen Schulen an der Tagesordnung, während von SchülerInnen gewaltfreie Konfliktbewältigung verlangt wird. Mit 16 oder 17 Jahren bekommen die männlichen Schüler die Aufforderung der Bundeswehr, sich mustern zu lassen. Sie erhalten Propagandamaterial, in dem für »Frieden schaffen mit Waffen« geworben wird. In den Prospekten der Bundeswehr fehlt bisher der Hinweis, daß man nicht bewaffnet gegen LehrerInnen vorgehen soll. ◦

Stasi will keine Nieren spenden

Eine Liste von 100.000 Stasi-Spitzeln war einige Tage lang unter der Adresse www.nierenspende.de im Internet. Der Provider hat das Angebot wegen rechtlicher Bedenken inzwischen gesperrt, dennoch werden geübte InternetbenutzerInnen kein Problem haben, eine aktuelle Bezugsquelle zu finden. Schade nur, daß noch keine vollständige Liste der MitarbeiterInnen des BRD-Staatsschutzes aufgetaucht ist. Die Sperrung des Angebo-

tes durch den Provider zeigt, wie sich Macht über Internetadressen auswirken kann. Wenn Provider wie Strato hunderttausende Domains verwalten, dann haben diese eine enorme Macht und Handhabe gegen mißliebige Inhalte. Das Internetangebot www.ilka.org wird daher von einem nicht-kommerziellen und politisch nahestehenden Provider betrieben (www.jpberlin.de). ◦

Krieg im Cyberspace

US-Präsident Bill Clinton hat angekündigt, zukünftig 2 Milliarden Dollar gegen »Cyberterrorismus« ausgeben zu wollen. Kurz zuvor gab das Pentagon bekannt, seinerseits selbst den Cyberwar zur offiziellen Doktrin der Kriegsführung zu machen.

www.telepolis.de/tp/deutsch/inhalt/glosse/5656/1.html

Lob & Kritik

Auf einer Postkarte mit dem Motiv:

»Weihnachten im Kessel Festung Stalingrad 1942« schreibt der Ortsverband Schliersee:

Liebe Ilka! Solltest Du Dir mit DENK-Pause eine JüngerInnenschaft heranziehen wollen: Nein! Solltest Du den von Dir abzuführenden Diätenanteil in dieses Projekt stecken: 3x Nein! Wir machen wieder Opposition, wenn wir wieder in der Opposition sind.

B'90/Grüne, OV Schliersee, 83727 Schliersee.

[Natürlich wird der Diätenanteil monatlich und ordentlich an die Partei abgeführt, auch wenn es wehtut, daß damit die politische Arbeit von solchen Leuten gefördert wird, die auf die Tränendrüse drücken, weil sie Weihnachten 1942 in einem Kessel in Stalingrad gesessen haben.]

... Anscheinend hast Du keine Ahnung, wie Politik wirklich gemacht wird. (schreibt über Forderungen zu Atomausstieg, Verbot von Rüstungsexporten, Kritik an Angelika Beer) ... alles läßt mich an Deiner Eignung als Abgeordnete zweifeln: Du kannst nicht Teil des Systems sein und es gleichzeitig bekämpfen bzw. seine »Spielregeln« ignorieren.

Michael Reisner, Mitglied der Grünen Jugend Hannover

[Da habe ich ja einen Moment selbst gezweifelt, ... bin aber jetzt zu dem Entschluß gekommen, daß ich keine Konsequenzen ziehe. ... Weil es immer (in den letzten 5 Jahren) so war, daß Grüne Abgeordnete angepaßt waren, sobald sie im Parlament saßen, soll ich das auch tun? In welcher Satzung und in welchen Spielregeln steht das?]

... sprichst Du uns aus dem Herzen, wenn Du von »angriffspolitische Sprecherin« oder auch von »kein Ausstieg, sondern eine Garantie für den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke« sprichst – weiter so.

Ortsverband Burg/Dithm.

... Es freut mich, daß es noch Menschen bei den Grünen gibt, die Positionen vertreten, die nicht »allgemeingrün« sind.

Axel Scheer, Ortsverband Diepholz

Auf einen Blick:

Ilka Schröder MdEP
www.ilka.org
schroeder@ilka.org

Postfach 080417
10004 Berlin
Deutschland
Fon +49.30.2096 1340
Fax +49.30.2096 1356
berlin@ilka.org

Tilman Heller
heller@ilka.org

Rue Wiertz ASP 8 G 253
1047 Bruxelles
Belgien
Fon +32.2.284.74 49
+32.2.284.94 49
bruxelles@ilka.org

Britta Coy
b.coy@ilka.org

Andreas Gebhard
gebhard@ilka.org

*Diese Gegendarstellung wird ohne Rücksicht auf ihren Wahrheitsgehalt veröffentlicht. Jörg Tremmel forderte gleichzeitig über einen Rechtsanwalt die Unterzeichnung einer Erklärung, in der ich – bei einer Verurteilung von 10.000 DM bei Zuwiderhandlung – mich verpflichte, nicht mehr zu behaupten, er vertrete im o.g. Buchbeitrag rechtsextreme Thesen. Diese Erklärung werde ich nicht unterschreiben. Zukünftig werden in der Denkpause Gegendarstellungen gegen Werturteile, Meinungsäußerungen, Buchbesprechungen oder Kommentare nicht mehr freiwillig abgedruckt.
Ilka Schröder*

Jörg Tremmel

Gegendarstellung

In der Ausgabe 2/1999 (S.6) der Zeitschrift Denkpause behauptet Ilka Schröder in ihrer Besprechung des Sammelbandes Was bleibt von der Vergangenheit? Die junge Generation im Dialog über den Holocaust. Mit einem Beitrag von Roman Herzog, Berlin: Ch. Links Verlag 1999, ich vertrete in meinem Beitrag darin rechtsextreme Thesen.

Diese Behauptung ist falsch. Richtig ist: Ich vertrete keine rechtsextremen Thesen. Falsch ist der von Ilka Schröder vermittelte Eindruck, ich hätte verschiedene, weniger furchtbare Ereignisse mit dem Holocaust gleichgesetzt. Vielmehr habe ich geschrieben. »Je länger und genauer wir den Holocaust mit anderen Ereignissen vergleichen, desto klarer tritt hervor, daß er von allen Menschheitsverbrechen das größte ist.« (S.240, S.242) Richtig ist: Ich habe die Einzigartigkeit des Holocaustes klar heraus gestellt und dann ausgeführt, welche Genozide und sonstige Ereignisse weniger schlimm seien als der Holocaust, aber dennoch mit ihm vergleichbar – in dem Sinne, daß man überhaupt Vergleiche (nicht: Gleichstellungen) anstellen kann. Frau Schröder zitiert mehrere Stellen aus meinem Beitrag, von denen sie eine mit Ausrufezeichen hervorhebt: Der von ihr erweckte Eindruck, die Forderung nach einer Änderung des Asylrechtsartikels 16a sei eine rechtsextreme These, ist unrichtig. Die Forderung nach einer Änderung dieses Grundgesetzartikels ist eine These der politischen Mitte. Ebenso wenig ist der von Frau Schröder erweckte Eindruck richtig, die Thematisierung des hohen

Ausländeranteils bei Vergewaltigung und Mord in Deutschland heute oder die Forderung nach Maßnahmen gegen den Terror türkischer Jugendbanden in Westdeutschland seien rechtsextreme Thesen von mir. **Oberursel, 05.01.2000, Jörg Tremmel**

Tipp des Monats: Die Denkpause kann kostenlos abonniert werden: Mail an abomail@ilka.org oder Postkarte an die im Impressum angegebene Adresse. Zeitschriften werden von der Post – auch bei Nachsendeauftrag – nicht weitergeleitet. Daher unbedingt neue Adresse oder neue EmpfängerIn mitteilen, wenn sich etwas ändert.



Termine

- ⊗ **24.-30.01.2000, Berlin** / Antifaschistische Aktionswoche (AAB III) www.stressfaktor.squat.net/termine.html
- ⊗ **29.01.2000, Göttingen** / Antifaschistische Kundgebungen und Demonstration www.nadir.org/nadir/initiativ/aam/
- ⊗ **29.01.2000, Amsterdam** / Kalenderpenden blijven! Die Kalenderpenden (Entrepotdok) in Amsterdam sollen geräumt werden. Demo, 14.00 Uhr Westermarkt <http://squat.net/entrepotdo>
- ⊗ **04.-06.02.2000** / Bundestreffen der Bundesarbeitsgemeinschaft unabhängiger Erwerbsloseninitiativen www.galida.de
- ⊗ **05.02.2000, Berlin** / 14.00 Uhr: Demo »Freiheit für Mumia und alle politischen Gefangenen« Rosa-Luxemburg-Platz. www.berlinet.de/ari/kampagne/mumia/index.html
- ⊗ **24.02.2000, München** / Siemens-Aktionärs-Hauptversammlung und Anti-Atom-Aktionen www.siemens-boykott.de
- ⊗ **03.-05.03.2000, München** / Seminar: Expo 2000 – Infos zur Weltausstellung und zum Widerstand Kontakt: Anti-Expo-AG München, c/o Infoladen, Breisacher Str. 12
- ⊗ **08.03.2000** / Internationaler Frauenstreik international und dezentral <http://wk-web5.cableinet.co.uk/womensglobalstrike>
- ⊗ **17.-19.03.2000, Karlsruhe** / Ordentliche Bundesdelegierten-

konferenz BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Schwarzwaldhalle www.gruene.de

- ⊗ **24.-26.03.2000, Nordrhein-Westfalen** / Seminar: Expo 2000 – Infos zur Weltausstellung und zum Widerstand www.jungdemokratinnen.de
- ⊗ **31.03.-02.04.2000, Mühlheim** / Anti-Atom-Frühjahrskonferenz
- ⊗ **01.05.2000, überall** / Dezentraler Global Action Day gegen Neoliberalismus und Expo 2000
- ⊗ **27.05.-04.06.2000** / »Hannover begrüßt die EXPO« – Aktionswoche
- ⊗ **Interessante Termine** von überregionaler Bedeutung nehmen wir gerne in die Terminübersicht auf und bitten um Mitteilung an: berlin@ilka.org.

Aktuelle Terminliste unter: www.ilka.org/termine.html



News

- ⊗ **Rote Flagge in China** Gerüchten zufolge will die chinesische Regierung den Einsatz des Betriebssystems Windows 2000 in Behörden verbieten. Der Staat finanziert die Entwicklung eines Red Flag Linux, das Windows ablösen soll. Wegen Meldungen über die Beteiligung eines Scientology-Unternehmens an Windows 2000 haben auch deutsche Behörden Bedenken gegen das Microsoft-Produkt angemeldet. Möglicherweise hätte sich die Sekte eine Hintertür offengelassen, um die Festplatten der Benutzerinnen auszuspiionieren. Die Europaabgeordnete Ilka Schröder wird ihre Büros nicht mit Windows 2000 ausstatten.

Die nächste Denkpause erscheint am 22.2.2000.